Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 210. | Dresden, Sonnabend den 10. September 1910. | 21. Jahrg.

Verspottung des Hungers.

Die Massen der deutschen Bevölkerung leiden schwer unter den außerordentlich hoch gestiegenen Preisen für ihre Lebensmittel. Seit Monaten sind zu allen anderen Teuerungsverhältnissen die enormsten Fleischpreise gekommen, die höher denn je getrieben sind und die zahlreichen Familien den Einkauf von Fleischnahrung mehr und mehr unmöglich machen. Die Arbeiter können ihre Familien nicht im entferntesten so ernähren wie es nötig wäre, aber auch andere Volkskreise, Handwerker, Beamte, Angehörige aller Berufe, sofern sie nicht über einen sehr großen Geldbeutel verfügen, bekommen die Fleischknappheit und die hohen Fleischpreise schwer zu fühlen.

Durch alle Gaue des Landes schwillt daher der Ruf nach Abhilfe dieses schweren Notstandes. Durch die Presse und in Versammlungen macht sich die Erbitterung der Bevölkerung geltend. Auch zahlreiche städtische Kollegien können sich den schlimmen Tatsachen nicht verschließen und richten Petitionen an die Regierungen. Was aber tun die Regierungen angesichts des herrschenden Notstandes? Es ist die unglaublichste Verspottung des notleidenden Volkes, was jetzt nach den Zeitungsmeldungen die Regierenden zur Fleischteuerung zu sagen wissen.

Die Entscheidung in diesen Fragen der Volksernährung liegt in erster Linie bei dem Landwirtschaftsministerium von Preußen. Bethmann-Hollweg hat sich bei seinen letzten Ministerverschiebungen auch einen neuen Landwirtschaftsminister kommen lassen. Der neue preußische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Lieser ist nun offenbar bemüht, sich als würdiger Nachfolger des Podbielski zu bewähren, der im Jahre 1905, als die Fleischteuerung sich schon höchst empfindlich entwickelte, die Bevölkerung mit dem schönen Trost abspeiste, es handle sich nur um „eine vorübergehende Erscheinung". Die Erscheinung ist nicht vorübergegangen, die Fleischteuerung ist nach kurzen Milderungen immer wieder gekommen und immer schärfer aufgetreten. Aber preußische Landwirtschaftsminister bewahren durch alle Not und Gefahr ihre Podbielskische Gelassenheit und Heiterkeit. Zunächst wurde die großartige Meldung in die Welt geschickt, daß der preußische Landwirtschaftsminister „der Fleischteuerung und ihren Ursachen große Aufmerksamkeit zuwende". Wie gnädig! Man denke: die preußische Regierung ist wirklich und wahrhaftig so liebenswürdig, sich aufmerksam mit einer Angelegenheit zu beschäftigen, die seit Monaten das ganze Volk erregt. Noch mehr! Im Landwirtschaftsministerium, so hieß es, wird „eifrigst Material gesammelt über die Wege, die einzuschlagen sind, um dem Notstande abzuhelfen". Man sammelt Material, während die arme Bevölkerung Not leidet! Wie viele Aktenschränke im Ministerium mögen nun wohl im Verlauf der Jahre mit „Materialien" über die Fleischversorgungsfragen angefüllt sein! Es ist einfach lächerlich, jetzt immer noch von Materialiensammlungen und dergleichen zu reden. Die Frage ist absolut klar und auch die Abhilfsmittel sind bekannt und offensichtlich. Wenn die preußische Regierung und mit ihr die Regierungen der anderen Staaten etwas gegen die Fleischteuerung unternehmen wollten, so bedarf es dazu keinerlei weiterer Untersuchungen. Aber sie wollen nicht, weil die habsüchtige Klasse der Agrarier nicht will, die über die Regierungen die Fuchtel schwingt.

Noch weit ärger aber erweist sich die volksfeindliche Untätigkeit des preußischen Landwirtschaftsministeriums, wenn sich die Mitteilungen bestätigen, die wir gestern nach dem Berliner Lokalanzeiger wiedergaben. Danach leugnet die preußische Regierung die Fleischnot kurzer Hand ab. Für Podbielski war die Fleischnot eine vorübergehende Erscheinung, für Schorlemer-Lieser ist sie überhaupt nicht da. Von Viehmangel kann gegenwärtig überhaupt nicht gesprochen werden und die von vielen Seiten behauptete Fleischteuerung sei eine ganz minimale. Soweit sie aber vorhanden sei, so erkläre sie sich aus der ganzen wirtschaftlichen Konjunktur, die ganze Wirtschaftshaltung und auch die Löhne der Arbeiter hätten eine Steigerung erfahren und so sei es erklärlich, daß auch auf dem Fleischmarkt die Preise steigen. So werden alle peinlichen Erfahrungen, die das tägliche Leben beim Fleischeinkauf bietet, sowie alle statistischen Feststellungen mit einer rücksichtslosen Geste abgetan und schließlich gar die Fleischteuerung mit dem Hinweis auf die „hohen Löhne" der Arbeiter begründet und beschönigt. Es mag für die arbeitende Bevölkerung sehr beruhigend sein, daß der preußische Landwirtschaftsminister und seine Geheimräte, Gott sei dank, noch über keinen Fleischmangel zu klagen haben. Auch für die oberen Zehntausend mag die Teuerung „minimal" erscheinen, aber für die unbemittelte Bevölkerung bedeutet eine derartige offizielle Regierungserklärung die dreisteste Verhöhnung ihrer Not und ihres Hungers. Es scheint, als wolle das edle preußische Landwirtschaftsministerium nach allen seinen fleißigen Materialsammlungen als Mittel gegen die Fleischteuerung — die Herunterseßung der Löhne in Empfehlung bringen. Toller kann es die agrarische Regierung nicht mehr treiben!

Es kann ganz und gar nicht bestritten werden, daß die Fleischknappheit und die Fleischteuerung ihre eigentliche Hauptursache darin haben, daß die deutsche Fleischproduktion sich nicht in demselben Verhältnis wie die Bevölkerung zu vermehren vermochte. Zwischen der wachsenden Bevölkerungszahl und der nicht genügend und entsprechend wachsenden Menge der Fleischproduktion muß sich stets eine Spannung herausstellen, die sich in Fleischmangel und Teuerung ausdrückt. Diese Spannung wird durch die agrarische Gesetzgebung, durch die Vieh- und Fleischzölle, durch die künstliche Grenzsperre außerordentlich verschärft. Es kommt hinzu, daß die Vermehrung der mittel- und kleinbäuerlichen Viehzucht durch die hohen Futtermittelzölle erschwert und verlangsamt wird. Die Hochschutzzollpolitik, die in erster Reihe zugunsten der getreidebauenden Großgrundbesitzer eingerichtet ist, ist die wesentliche Ursache auch der schweren Fleischnot. Die Wege zur Linderung und Beseitigung des Notstandes sind also nicht schwierig aufzufinden. Aber aller Unwille und aller Protest des Volkes werden nichts nützen, solange die agrarische Klasse das Zepter in Preußen-Deutschland führt. Auch die Fleischteuerung ist nur ein Symptom des allgemeinen großen Uebels, an dem unser Land leidet, des Uebels der konservativ-agrarischen Vorherrschaft. Die Herrschaft dieser Kaste und ihrer Helfershelfer muß gebrochen werden, damit der Hunger des Volkes gelindert werden kann.

* * *

Frankfurt a. M., 9. September. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung teilte Stadtrat Lewin mit, daß der Magistrat an den Bundesrat, den Reichskanzler und den Landwirtschaftsminister eine Eingabe gerichtet habe, in der er auf die Beunruhigung der Bevölkerung in der Frage der Fleischnot hingewiesen hat und um Abhilfe bittet.

Stuttgart, 9. September. Durch eine Verfügung des Ministeriums des Aeußern wird angeordnet, daß alle ermäßigten Frachttarife für die Einfuhr von Fleisch, frisch geschlachtetem Vieh und von Pferden im inneren Verkehr mit anderen deutschen Bahnen bis zum 31. Dezember 1910 verlängert werden.

Charlottenburg, 9. September. Der Charlottenburger Magistrat hat zu der Fleischnot Stellung genommen. Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat in seiner Plenarversammlung vom 15. bis 18. Februar 1910 aufgestellte Statistik über die Fleischversorgung der städtischen Bevölkerung im Deutschen Reich beweise eine Knappheit in der heimischen Fleischproduktion der Gegenwart, auf welche die Bevölkerung fast ausschließlich angewiesen ist. Der Magistrat lehne daher die vom Deutschen Landwirtschaftsrat vorgeschlagenen Maßnahmen der deutschen Stadtverwaltungen für die Fleischversorgung der Bevölkerung ab, welche voraussetzen, daß der Grund für die Fleischteuerung in Maßnahmen und Unterlassungen der Gemeinden sowie beim Zwischenhandel zu suchen sei; er beschließt aber gleichzeitig, bei dem Deutschen Städtetag zu beantragen, er möge in eine Prüfung darüber eintreten, welche Maßnahmen gegen die Fleischteuerung zu treffen sind. Ferner soll ein Ausschuß eingesetzt werden, der mit den Direktoren der städtischen Werke zu prüfen hat, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind, um den städtischen Arbeitern eine billigere Fleischversorgung zu verschaffen.

Der preußische Polizeistaat.

Rechtzeitig zum Magdeburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erinnert der preußische Polizeistaat daran, daß er auch noch auf der Welt ist. Die politischen Frühlingsstürme dieses Jahres haben ihm freilich hart zugesetzt, in den Straßen der preußischen Städte geriet seine Autorität ins Wanken, im Berliner Tiergarten und anderwärts verfiel er dem Fluche der Lächerlichkeit. Der preußische Polizeistaat läßt sich dadurch nicht abschrecken und gibt das Spiel nicht auf. Jetzt häufen sich wieder die Nachrichten von Verurteilungen, denen die Wahlrechtsdemonstranten verfallen sind, weil sie den König von Preußen an sein Wort, den preußischen Landtag an seine Pflicht zu erinnern sich erdreistet hatten. Redakteure, die das Verhalten der Schutzmannschaft tadelten, wandern ins Gefängnis. Die Polizisten aber, die Hoch zu Roß oder mit dem Säbel in der Hand für die Erhaltung der preußischen Ordnung und des Dreiklassenwahlrechts sorgten, werden — für Tapferkeit vor dem inneren Feinde — mit Orden behängt und mit Lob aus hohem Munde ausgezeichnet.

Den Führern der belgischen, französischen und englischen Arbeiterparteien, Männern, deren Name in der ganzen Welt einen guten Klang haben, verbietet ein beliebiger preußischer Regierungspräsident, sich auf preußischem Boden öffentlich ihrer Muttersprache zu bedienen.

Der Oberbürgermeister einer einst „freien Reichs"-, jetzt preußischen Provinzstadt macht die Benutzung einer städtischen Festhalle von der Bedingung abhängig, daß über Seine Majestät Nikolaus, das verstimmte Instrument des russischen Himmels, kein unfreundliches Wort gesagt werden dürfe.

Nachdem das Streikpostenstehen vom Gericht für zulässig erklärt worden ist, entdeckt ein Polizeipräsident, daß durch die Straßenpolizeiordnung das Stehenbleiben auf den Granitbahnen der Bürgersteige verboten ist, und belegt jeden streikenden Arbeiter, der auf der Granitbahn des Bürgersteigs vor einer bestreikten Fabrik stehen bleibt, mit 30 M. Geldstrafe.

Ja, es genügt dem preußischen Polizeistaat nicht, seine alten Stellungen zu verteidigen, er geht sogar zum Angriff über und wählt sich dabei mit dem politischen Geschick, das ihm nun einmal eigen ist, gerade jenes Gebiet aus, auf dem er auf die stärkste Empfindlichkeit der getroffenen Volksmassen rechnen kann. Heute wird es dem Sieger von Treptow nicht mehr zweifelhaft sein, daß er mit seinem Zensurerlaß gegen die Berliner Freie Volksbühne in ein Wespennest gestochen hat. In einer überaus eindrucksvollen überfüllten Protestversammlung, die am letzten Donnerstag in in einem der größten Säle Berlins tagte, ist es dem Polizeipräsidenten v. Jagow aus bürgerlichem Munde, vom greisen Fortschrittsabgeordneten Traeger, vielleicht nicht ohne Uebertreibung gesagt worden, daß alle Intellektuellen gegen ihn stehen und für die Freiheit der Volksbühne eintreten. Für Kultur gegen Polizei, heißt die Losung! Aber je erbitterter, je einhelliger sich die kultivierte Bevölkerung der Reichshauptstadt gegen den borussischen Fremdherrscher ausspricht, desto sicherer winken auch ihm Ordensauszeichnung und Beförderung.

In derselben Versammlung hat auch der freisinnige Herr Traeger das wertvolle Geständnis abgelegt, daß durch das neue Reichsvereinsgesetz so gut wie gar keine Erleichterung der preußischen Polizeipraxis erreicht worden ist. Und eben dort hat der Vizepräsident des österreichischen Reichsrats, Genosse Pernerstorfer, in einer meisterhaften Rede, die minutenlange Beifallsstürme entfesselte, es ausgesprochen, daß das österreichische Volk eine gleiche Polizeipraxis als Demütigung empfinden und sich nun und nimmer gefallen lassen würde. Er hat in seiner Rede, in der er den Zerfall des berüchtigten österreichischen Polizeistaats und den Aufstieg seiner Völker zu „fast republikanischer Freiheit" schilderte, zugleich auch bewiesen, wie recht Genosse Bebel hatte, der an den Versammlungsleiter schrieb: Die Freie Volksbühne könne nicht eher auf wirkliche Freiheit rechnen, „als bis mit der preußischen Theaterzensur auch noch etliche andere Dinge in den Orkus fliegen."

Der alte österreichische Polizeistaat, der mit Säbel und Gefängnis nicht weniger brutal arbeitete als sein preußischer Kollege, hat sein Kurienwahlsystem wie der preußische Polizeistaat sein Dreiklassenwahlsystem hat. Und solange dieses Dreiklassenwahlsystem und solange keine demokratisch-parlamentarische Regierung in Preußen-Deutschland besteht, wird der preußische Polizeistaat mächtig bleiben. Darum muß es die erste, dringendste, wichtigste Sorge aller deutschen Sozialdemokraten sein, alles aufzubieten zum Sturm gegen die Grundlagen dieser elenden, kleinlichen, lächerlichen und empörenden Wirtschaft, die das deutsche Volk zum Gespött Europas macht. Fort mit dem Dreiklassenwahlrecht, damit der preußisch-deutsche Polizeistaat endlich ein Volksstaat wird!

Deutsches Reich.

Zuckerbrot für Wähler.

In der liberalen Presse war angeregt worden, in der nächsten Reichstagssession wenigstens die Witwen- und Waisenversorgung zu erledigen, wenn die Reichsversicherungsordnung keine Aussicht habe, noch fertig zu werden. Für die bürgerlichen Parteien sei doch von großem Wert, für die Reichstagswahlen von dem großen sozialpolitischen Werk wenigstens etwas für die Wähler mitzubringen. Dazu bemerken die Berliner Politischen Nachrichten, anscheinend offiziös:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob die Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung vor den Wahlen wirklich den in diesen Aeußerungen erwarteten Einfluß auf deren Ausgang haben würde. Die Erfahrungen des Jahres 1903 sprechen nicht eben für diese Auffassung. Damals legte man im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen den größten Wert darauf, die Novelle mit ihrem Krankengesetze mit ihren wesentlichen Verbesserungen der Krankenfürsorge noch vor den Wahlen zu verabschieden, weil man sich davon eine günstige Wirkung gegenüber der Sozialdemokratie versprach. Gegenüber diesen Hoffnungen bedeutete bekanntlich das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1903 eine schwere Enttäuschung; denn bei dieser Wahl wuchs die Zahl der sozialdemokratischen Mandate in einem bisher noch nicht dagewesenen Maße. Wenn man also hiernach alle Ursache hat, sehr skeptisch über die Bedeutung einer etwaigen Verabschiedung der Witwen- und Waisenversicherung vor den nächsten Reichstagswahlen auf den Ausfall der letzteren zu denken, so handelt es sich bei der ganzen Anregung an sich schon lediglich um eine Gedankenspielerei ohne jeden praktischen Wert, denn es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Inangriffnahme der Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung vorangehen muß. Erst auf dieser Grundlage läßt sich die Witwen- und Waisenversorgung sachgemäß aufbauen. — Wenn die bürgerlichen Parteien des Reichstages in ihrem Wahlinteresse Wert darauf legen, daß die Witwen- und Waisenversorgung noch vor den Wahlen unter Dach kommt, so werden sie dieses Ziel nur allein dadurch erreichen können, daß sie die Hand zu einer baldigen Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung in einer auch den verbündeten Regierungen annehmbaren Form bieten."

In den Regierungskreisen scheint man allmählich zu der Einsicht zu kommen, daß es verlorene Liebesmühe sei, mit Lockmitteln zu operieren, deren Wert immer noch zweifelhaft ist. Denn niemand wird sich der gefährlichen Täuschung hingeben, daß die geplante Witwen- und Waisenversorgung das Ende aller Not unter hungernden Witwen und Waisen bringen wird. Für solche Aufgaben fehlt es bekanntlich im Reiche der Kultur an Mitteln.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100910/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG